

Ursula Nonnemacher

Rede zur Umsetzung des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung DS 5/9177

Diese Rede wurde aufgrund einer Änderung der Tagesordnung nicht gehalten, soll aufgrund der Relevanz des Themas hier aber zumindest schriftlich Erwähnung finden.

Anrede!

„Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung ist eine Herkules-Aufgabe!“, so heißt es in einem Experteninterview zur wissenschaftlichen Studie der Universität Potsdam und der TU Berlin zum Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“. In dieser externen Begutachtung, die den Schwerpunkt des diesjährigen 5. Berichts der Landesregierung bildet, wird dem „Toleranten Brandenburg“ ein sehr positives Zeugnis ausgestellt. Das Konzept an sich sei vorbildlich für die ganze Bundesrepublik und die Tatsache, dass es gelungen sei ein landesweit funktionierendes professionelles Beratungsnetzwerk aufzubauen, gar nicht hoch genug zu bewerten. Insbesondere die Einschätzung, dass es gelungen sei einen spürbaren Wandel in der politischen Kultur des Landes und mehr Sensibilisierung gegenüber dem Rechtsextremismus zu erzielen, muss uns alle erfreuen. Damit wird den positiven Stellungnahmen mehrerer Wissenschaftler eine weitere hinzugefügt.

Bei der Koordinierungsstelle und den Partnern des Beratungsnetzwerkes standen in den vergangenen 12 Monaten folgende Schwerpunkte auf dem Programm:

1. Die Begleitung des Wahlalter 16 mit Aktivitäten wie den Tagen der Demokratie, dem mobilen Schülerstudio, weitere Medienkompetenzprojekten und dem Wettbewerb „Deine Stimme zählt“
2. Die Erarbeitung eines Leitfadens gegen rechtsextremistische Szeneobjekte ausgehend von den gehäuften Veranstaltungen auf einem Privatgelände in Finowfurt und vor allem
3. Hilfe gegen die Anti-Asylkampagnen der NPD und der Neonationalsozialisten

Hier waren insbesondere die mobilen Beratungsteams bei der Unterstützung von Kommunalverwaltungen gefragt, die mit der Hetzkampagne „Nein zum Heim“ über facebook und gehäuften Protestkundgebungen konfrontiert waren. Diese Proteste waren häufig gesteuert, aber auch von den Anwohnern in der Umgebung geplanter Flüchtlingsunterkünfte getragen. Die Einschätzung, dass diese Proteste immer dort besonders heftig waren, wo neue Standorte geplant waren, kann ich aus eigener Erfahrung aus dem Havelland nur bestätigen. Da, wo sich schon seit vielen Jahren Asylsuchende befinden und nur Kapazitätsausweitungen geplant waren, gab es kaum Widerstände aus der Bevölkerung. Denn dort hatte sich im konkreten Zusammenleben

bereits die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Greulpropaganda über Kriminalität und Gewaltexzesse jeder Grundlage entbehrt. In einer größeren Stadt wie Falkensee, wo bisher noch nicht einmal ein Dutzend Flüchtlinge leben, hat die Ankündigung der Errichtung von zwei Gebäuden für 60-80 Menschen zu heftigen Verwerfungen geführt. Dort gibt es inzwischen aber auch einen Runden Tisch mit zahlreichen Akteuren, es haben gut moderierte Anwohnerversammlungen stattgefunden und es haben sich Gegeninitiativen gebildet, die sich aktiv auf die Ankunft der Asylsuchenden im nächsten Jahr vorbereiten. Hilfreich war in diesem Zusammenhang eine Resolution aller Fraktionen im Stadtparlament mit einem klaren Bekenntnis für die Aufnahme von Flüchtlingen und eine Willkommenskultur.

Die frühzeitige Benennung von Standorten für Unterkünfte, die frühzeitige Einbindung der Bürgerschaft, die gute Vorbereitung und Moderation von Bürgerversammlungen und ein klares Signal aller Verantwortlichen zum Grundrecht auf Asyl und einen von menschlicher Anteilnahme getragenen Umgang sind unerlässlich für eine erfolgreiche Konfliktbewältigung.

Letzten Freitag am Tag des Flüchtlings habe ich das neue Asylbewerberheim im kleinen Ort Friesack besucht. Dort sind inzwischen 57 Menschen untergekommen, für fast alle konnten inzwischen schon Sprachkurse angeboten werden. Nach anfänglichen heftigen Protesten läuft das Zusammenleben weitgehend störungsfrei mit sich intensivierenden Kontakten zwischen Bewohnern und Bevölkerung. Auch dort bewahrheitet sich, dass

Toleranz nur durch soziale Kontakte gefördert wird!

Der wachsende Zuzug von Asylsuchenden bleibt auch nach Meinung der Wissenschaftler der Uni Potsdam die größte Herausforderung für das „Tolerante Brandenburg“ in nächster Zeit. Daneben sehen sie Verbesserungsbedarf bei der Abstimmung mit den Ministerien und eine Austarierung der Arbeitsfelder „Kampf gegen den Rechtsextremismus“ und „Demokratieförderung“. Man könnte auch resümieren: Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung ist eine regelrechte Herkules-Aufgabe, aber sie muss weiterhin Hand in Hand bewältigt werden!